

Wildbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad. Chronik und Anzeigenblatt
für das obere Enztal.

Er scheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertage.
Bezugspreis monatl. M. 10.—, vierteljährl. M. 30.—
frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im
innerdeutschen Verlehr 33.— einschl. Postbestellgeld.
Einzelnummern 50 Pfg. : Girokonto Nr. 50 bei der
Oberamtsparasse Neuenbürg, Zweigstelle Wildbad.
Bankkonto: Direction d. Discontoges., Zweigst. Wildb.
Postfachkonto Stuttgart Nr. 29 174.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Zeile oder deren
Raum M. 1.20, auswärts M. 1.50. : Reklame-
zeile M. 4.—. Bei größeren Aufträgen Rabatt nach
Tarif. Für Offerten u. bei Auslieferung werden
jeweils 1 M. mehr berechnet. Schluß der Anzeigen-
annahme: täglich 8 Uhr vormittags. : In Konturs-
fällen oder wenn gerichtliche Beitreibung notwendig
wird, fällt jede Nachschlagewährung weg.

Druck der Buchdruckerei Wildbader Tagblatt; Verlag und Schriftleitung Th. Gsch in Wildbad.

Num. 70

Februar 179

Wildbad, Freitag, den 24. März 1922

Februar 179

57. Jahrgang

Tagespiegel.

Der Reichskanzler wird wahrscheinlich am Samstag im Reichstag zu der Reparationsnote und zu der allgemeinen politischen Lage Stellung nehmen.

Sächsische Prinzen und die Prinzessin Johann Georg wurden vom Papst in Audienz empfangen.

Der frühere spanische Minister Gaihochoa wandte sich scharf gegen die Gewaltspolitik der Entente und bezeichnete den Versailler Vertrag als „lathagischen Frieden von beispielloser Härte und Grausamkeit.“

Viviani hat die Führung der französischen Delegation zur Genèver Konferenz abgelehnt.

Der amerikanische Bergarbeiterstreik soll am 1. April ausbrechen.

Reichstag.

Berlin, 23. März.

Am Regierungstisch Reichsfinanzminister Hermes. Der Vertrag zum Abschluß der endgültigen Donauakte wird auf Antrag des Abg. Schulz-Bromberg (D.natl.) dem Auswärtigen Ausschuss überwiesen. Darauf wird die 2. Lesung fortgesetzt.

Die Kohlensteuer.

Die bisher 20 Prozent betrag. soll nach dem Vorschlag der Regierung, dem sich der Ausschuss angeschlossen hat, auf 40 Prozent erhöht werden. Länder und Gemeinden dürfen Steuern auf Erzeugnisse des Kohlenbergbaues nicht mehr erheben. Ausgenommen sind die allgemeinen Gewerbe- und Grundsteuern. Das Gesetz soll am 1. Februar 1922 in Kraft treten.

Ein Regierungsvertreter erklärt, daß Härten gemildert werden sollen.

Abg. Leopold (D.natl.) lehnt die Erhöhung der Kohlensteuer ab. Für die Regierung sei es freilich sehr einfach, die Kohlensteuer mit ihren wenigen Erhebungspunkten zu verdoppeln. Diese Annäherung an den Weltmarktpreis ist aber nur für England von Vorteil, das jetzt 1.8 Millionen Arbeitslose hat und die deutschen Exportmöglichkeiten gewinnen möchte, um seine Arbeitslosigkeit los zu werden und nach Deutschland zu übertragen.

Abg. Mehrhof (Unabh.): Die Kohlensteuer greift am härtesten in unser gesamtes Wirtschaftsleben ein. Weitere Preissteigerungen auf allen Gebieten werden die Folge sein. Wir beantragen, die Hausbrandkohle für Personen, deren Einkommen 50 000 M. nicht übersteigt frei zu lassen.

Abg. Lind (D.natl.) hält die Erhöhung der Kohlensteuer für eine außerordentliche Belastung der Landwirtschaft.

Abg. Graf Rantz (D.natl.) bittet um Annahme folgender Entsch. Lösung seiner Fraktion: „Anschließend der erneuten Bedrohung des ohnehin schwer leidenden ostpreussischen Wirtschaftslebens durch die bevorstehende Erhöhung der Kohlensteuer wird die Reichsregierung ersucht, binnen zwei Monaten einen Gesetzentwurf vorzulegen, der gestattet ist, das ostpreussische Wirtschaftsleben unter besonderer Berücksichtigung der Transportverhältnisse zwischen Ostpreußen und dem Reich auf das wirksamste zu unterstützen.“

Abg. Moenen (Komm.) beantragt, Hausbrandkohle, die von Gemeindegemeinschaften oder Konsumgenossenschaften an kleine Haushaltungen geliefert werden, frei zu lassen.

Bayerischer Handelsminister Hamm macht darauf aufmerksam, daß Bayern seinen gesamten Kohlenbedarf einführe und daher die hohen Frachtkosten dazu tragen müsse. Er bittet um Erleichterungen für Bayern.

Damit schließt die allgemeine Aussprache.

Nach § 6 des neuen Gesetzes soll die Steuer 40 Prozent des Wertes der Kohle betragen. Ein Antrag Schulz-Bromberg (D.natl.), nur 30 Prozent der Steuer zu erheben, wird gegen die Antragsteller abgelehnt, ebenso ein Antrag Crispian (Unabh.) und ein Antrag Moenen (Komm.) auf Steuerfreiheit für Hausbrandkohle. Moenen (Komm.) auf Steuerfreiheit für Hausbrandkohle. Moenen (Komm.) auf Steuerfreiheit für Hausbrandkohle. Moenen (Komm.) auf Steuerfreiheit für Hausbrandkohle.

Mitten in der Abstimmung verlangt Abg. Frölich (Komm.) das Wort.

Vizepräsident Dietrich verweigert es ihm, da die Aussprache über Artikel 1 abgeschlossen sei.

Abg. Göttele (Komm.) läßt drohend auf die Rechte zu und ruft immer wieder: Wir lassen uns nicht vergewaltigen! Glade des Präsidenten. Vizepräsident

Dietrich ruft wegen dieses Ausdrucks den abgeordneten zweimal zur Ordnung.) Abg. Göttele zur Mehrheit gewendet: Ihr seid ja alle Verbrecher!

Inzwischen werden die Abstimmungen fortgesetzt. In Art. 3 wird auf Antrag der Sozialdemokraten, desentrums, der Deutschen Volkspartei und der Demokraten als Termin des Inkrafttretens des Gesetzes der 1. April 1922 eingefügt.

Die deutsch-nationale Entsch. Lösung wird einstimmig angenommen.

Die Entscheidung ein Provisorium.

Berlin, 23. März. Der Wortlaut der gemeindeten Entscheidung der Reparationskommission enthält noch folgende Bestimmungen:

Die Sachleistungen, welche von Deutschland zwischen dem 1. Mai 1921 und dem 31. Dezember 1922 an eine Macht bewirkt werden, welche wegen ihrer Besatzungsarmee forderungsberechtigt ist, sollen unter Vorrang und entsprechend gleicher Verlastung zum Ausgleich der Kosten der Besatzungsarmeen während desselben Zeitraumes verwendet werden. Nur ein etwa verbleibender Restbetrag soll gleichzeitig mit den Barzahlungen zum Ausgleich der Reparationsannuität nach Festsetzung von Artikel 4 des Zahlungsplanes vom 5. Mai 1921 gutgeschrieben werden. Der Unterschied zwischen dem auf Grund des Zahlungsplanes und wegen der Besatzungsarmeen geschuldeten und den 1921 und 1922 tatsächlich bezahlten Summen soll zusätzlich 5 v. H. jährlicher Zinsen eine Schuld Deutschlands bleiben, die über die Annuitäten des Zahlungsplanes von ihm abgeführt werden soll, sobald die Reparationskommissionen es dazu in der Lage erachten werden.

Die Reparationskommission fordert außer den bereits mitgeteilten Sicherungen noch bis zum 30. April ein Programm gegen die Karakluft, ein Programm über die Kontrolle der Auslandsdevisen und ein allgemeines Programm zur Sicherstellung der Rückkehr des Gegenwertes der deutschen Ausfuhr. Endlich verlangt die Note noch, daß vor dem 31. Mai gesetzgeberische Maßnahmen ergriffen werden, um die volle Unabhängigkeit der Reichsbank gegenüber der deutschen Regierung sicherzustellen. Die Reparationskommission behält sich übrigens vor, noch auf einzelne Fragen, die augenblicklich in der Schwebe sind, in einer besonderen Mitteilung zurückzukommen.

Der vorstehend gewährte Aufschub soll zunächst einen provisorischen Charakter haben. Am 31. Mai wird die Kommission prüfen, was von der deutschen Regierung geschehen ist, um den von der Reparationskommission in ihrem heutigen Schreiben erwähnten Bedingungen Genüge zu leisten. Nach dieser Prüfung wird die Kommission den provisorischen Aufschub entweder bestätigen oder für unwirksam erklären. Wird er für unwirksam erklärt, so werden die auf Grund der Entscheidung vom 13. Januar 1922 und der gegenwärtigen Entscheidung vorläufig gestundeten Summen eingefordert werden können und müssen in den auf die Ungültigkeitserklärung folgenden 14 Tagen bei Vermeldung der Inkraftsetzung des in Paragraph 17 der Anlage II des Teils VIII des Vertrages vorgesehenen Verfahrens bezahlt werden. Sollte im Falle der Bestätigung des Aufschubs die Reparationskommission zu einem späteren Zeitpunkt eine Verletzung Deutschlands bei Erfüllung der im einzelnen aufgeführten Bedingungen feststellen, so würde der Aufschub für ungültig erklärt und der Zahlungsplan, so wie er Deutschland am 5. Mai 1921 mitgeteilt worden ist, vom Tage der Ungültigkeitserklärung des Aufschubs an wieder in Kraft gesetzt werden.

Das Programm für Genua.

Mailand, 23. März. Nach dem „Giornale d' Italia“ wird die Konferenz von Genua folgendes Programm haben:

1. Prüfung einer einfachen Methode zur Ausführung der Beschlüsse des Obersten Rates von Cannes.
2. Wiederherstellung des Friedens in Europa auf fester Grundlage.
3. Hauptbedingungen für die Wiederherstellung des Vertrauens zwischen den verschiedenen Ländern, ohne dadurch die bestehenden Verträge zu verletzen.
4. Finanzfragen:
 - a) Geldumlauf;
 - b) Zentral- und Emissionsbanken;
 - c) Beschaffung der finanziellen Mittel zum Wiederaufbau;
 - d) Organisation der öffentlichen und privaten Schulden.

5. Wirtschafts- und Handelsfragen:

- a) Erleichterungen und Garantien für den Import- und Exporthandel;
- b) gesetzliche und rechtliche Garantien für die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen;
- c) Schutz des industriellen, künstlerischen und literarischen Besitzes;
- d) Organisation des Konsulatswesens;
- e) Zulassung der Ausländer zur Ausübung des Handels;
- f) technische Unterstützung zur industriellen Wiederaufrichtung;
- g) Probleme bezüglich der internationalen Verkehrslinien.

Der erste Punkt der Tagesordnung bezieht sich auf den allgemeinen Charakter der Arbeiten der Konferenz und ganz besonders auf die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen mit Rußland und dessen eventuelle Anerkennung. Die Punkte 2 und 3 haben ausschließlichen politischen Charakter und werden von Ministerpräsidenten und Ministern des Auswärtigen der verschiedenen Länder behandelt werden. Die übrigen Fragen werden Kommissionen und Unterkommissionen unterbreitet.

Nach dem „Giornale d' Italia“ werden die französischen, englischen, deutschen und belgischen Delegierten in der Stadt Genua selbst untergebracht werden. Die übrigen Delegationen sollen in Rapallo, Santa Margherita Ligure, Nervi und Requi wohnen. Die russische Delegation wird in Santa Margherita Ligure untergebracht.

Neues vom Tage.

Reichsverkehrsminister Gröner über die Tarif-
erhöhungen.

Berlin, 23. März. Im Hauptausschuß des Reichstages wurden die Beratungen des Haushaltes der Reichsbahn fortgesetzt. Verkehrsminister Gröner führte aus, daß die verschiedenen Tarifbeschwerden im Personenverkehr wie auch im Güterverkehr Maßnahmen zur Folge hatten. So hätte z. B. der Personenverkehr im Jahre 1921 33% Prozent Mehreinnahmen erbracht. Im Dezember 1921 88.8 Prozent und im Januar 1922 83.8 Prozent. Noch weit größer seien die Einnahmen im Güterverkehr, die im Januar 1922 sogar 245.1 Prozent betragen hätten. Eine Abnahme des Güterverkehrs sei nach der Tarif-
erhöhung nicht zu erwarten. Die Befragung der Personen- und Schnellzüge sei auf die der Schlafwagen 2. Klasse zurückzuführen. Auch die Wagengestellung im vergangenen Jahr habe sehr günstig gewirkt. Ab 1. Juli würden beschleunigte Personenzüge 4. Klasse fahren.

Gegen die Erhöhung der Gütertarife.

München, 23. März. Die Delegiertenversammlung des bayerischen Handelstages nahm eine Entsch. Lösung an, die sich gegen die neuerlich bevorstehende Erhöhung der Güter- und Frachttarife auf der Reichsbahn wendet.

Die Pariser Presse zur Reparationsnote.

Paris, 23. März. Während die Note der Reparationskommission bereits gestern in Deutschland veröffentlicht wurde, ist sie der französischen Öffentlichkeit noch nicht unterbreitet worden. Die Abendblätter nehmen dazu noch nicht ausdrücklich Stellung. Soweit es geschieht, wird die Entscheidung der Kommission einstimmig begrüßt und auch dem vorliegenden Dubois Lob gesollt. Ein neuer Abschnitt in der Außenpolitik, fuß lassend auf den Bedingungen des Versailler Friedens, beginnt heute, ist das einstimmige Urteil der Pariser Blätter.

Die amerikanischen Besatzungskosten.

Paris, 23. März. Nach einer Mitteilung der Havas-Agentur überreichte der Botschafter der Vereinigten Staaten Roincare am Mittwoch eine Note der Washingtoner Regierung über die Rückzahlung der Besatzungskosten in den Rheinlanden. Die amerikanische Regierung legt darin dar, daß sie jede Anregung der Alliierten, die geeignet sei, eine passende Regelung der an die Vereinigten Staaten für ihre Besatzungskosten geschuldeten Bezahlung herbeizuführen, entgegennehmen werde. Die Note enthalte keine Anspielung auf die kürzlich unter den Alliierten beschlossene Verteilung der von Deutschland bereits bezahlten Summen, sondern beschränke sich darauf, das Recht der Vereinigten Staaten auf Bezahlung festzustellen, ohne dafür Fristen festzusetzen. Die Note soll am heutigen Donnerstag veröffentlicht werden.

Noch keine Stellungnahme der Regierung zur Reparationsnote.

Berlin, 23. März. Der für gestern abend 1/8 Uhr erwartete genaue Wortlaut der Reparationsnote lag der Regierung um Mitternacht noch nicht vor. Regierung wie Parlament konnten daher zu der Note noch nicht Stellung nehmen. Wie die Z. N. erfährt, wird sofort nach Vorliegen des Wortlauts der Note eine Kabinettsitzung stattfinden. Die Regierung wird wahrscheinlich einen erweiterten Ausfuß zur Beratung hinzuziehen, bestehend aus den Koalitionsparteien und der Deutschen Volkspartei. Die Stimmung über den bisher bekannt gewordenen Wortlaut der Note ist außerordentlich niedergedrückt. Es ist zu erwarten, daß heute sämtliche Parteien in Fraktionsitzungen zu der Note Stellung nehmen werden.

Der freie Rhein.

Bern, 23. März. Nachdem Bundesrat Casander als Vertreter der Schweiz in der Internationalen Rhein-Schiffahrtskommission seinen Rücktritt genommen hat, ist nun auch der erste Sachverständige der Schweiz in Wasserbaufragen, Nationalrat Dr. Gelpke, aus der schweizerischen Delegation ausgetreten und zwar, weil er in der Wahl des Nachfolgers für Bundesrat Casander eine Gefährdung der schweizerischen Interessen erblickt. Die Schweizer Presse fragt voll Angst und Bestürzung, was denn nun angeht. Der französische Bestrebungen auf Erbauung eines Seitenkanals am Oberrhein der Forderung der Schweiz nach einem freien Rhein werden solle, wenn in kritischen Momenten die Leiter der Verhandlungen zurücktreten, weil der Bundesrat die nötigen Gelder für ihre Dienste nicht auswerfen wolle. Die Haltung des Bundesrats in dieser Lebensfrage habe in letzter Zeit sehr an Entschiedenheit und Einheitlichkeit zu wünschen übrig gelassen.

Ein fünfjähriges Moratorium für Rußland.

Paris, 23. März. Die Konferenz der Sachverständigen in London erdörte am Dienstag weiterhin die russische Frage. Einem englischen Vorschlag zufolge, einigte man sich dahin, Rußland ein fünfjähriges Moratorium zu gewähren. Schuldverschreibungen sollen zur Amortisierung der russischen Schulden ausgegeben werden. Dieser Plan wird den Sowjetvertretern in Genua vorgelegt werden, und falls diese ihn annehmen, würde die Frage der Rückzahlung der Vorkriegsschulden gelöst werden können. Am Donnerstag wird neuerdings über die russische Frage verhandelt werden; sobald soll das Problem des wirtschaftlichen Wiederaufbaus Europas erörtert werden. Endlich wird man sich mit dem Projekt für das internationale Finanzkonföderium zur Wiederherstellung des europäischen Wirtschaftslebens beschäftigen.

Die Kleine Entente und Genua.

Prag, 23. März. Wie gemeldet wird, dürfte es vor der Konferenz in Genua zu einer Zusammenkunft der Ministerpräsidenten der Kleinen Entente kommen. Die Staatsmänner werden auf dem Wege nach Genua in Laibach zusammentreffen. Nach der Konferenz in Genua werde über die Vertiefung des Vertrages von 1920 zwischen der Tschechei und Südslawien verhandelt werden. In politischen Kreisen nimmt man an, daß die Verlängerung des Vertrages für die Dauer von acht bis zehn Jahren vereinbart werden wird. Die Beratungen werden erst in Belgrad geführt und dann in Anwesenheit des südslawischen Ministerpräsidenten Pašić beendet werden.

Zur Orientfrage.

London, 23. März. In London wurde gestern der Geheimvertrag zwischen der Regierung von Ungarn und Frankreich veröffentlicht. Von französischer Seite war bisher immer behauptet worden, daß ein solcher durch Franklin Bouillon abgeschlossener Geheimvertrag nicht bestehe. Dieser Geheimvertrag, der aus zwei Teilen A und B besteht, sichert Frankreich große wirtschaftliche Vorteile und verspricht andererseits den Kemalisten die volle politische Unterstützung Frankreichs. Frankreich verpflichtet sich darin, den Türken Kriegsmaterial zu liefern und Anleihen zu gewähren.

Ein französischer Sozialist über die Undurchführbarkeit der Reparationen.

Paris, 23. März. Der Abg. Leon Blum schreibt im „Populaire“, während er im „Temps“ die Note

über die bevorstehende Befreiung der deutschen Zahlungen lese, falle sein Blick auf eine Spalte mit Überschriften: Die Mark stehe genau auf 365 Centimes. Das bedeute, daß man jetzt ungefähr 30 Mk. für einen Papierfranken und ungefähr 75 Papiermark für eine Goldmark brauche. Wenn man die seit dem 1. Januar geleisteten deutschen Zahlungen berücksichtige, so stelle das, was man von Deutschland verlange, in bar immer noch beinahe 40 Milliarden Papiermark, in Sachlieferungen einen Wert von ungefähr 100 Milliarden dar. Deutschland verschaffe sich diese Summen durch seine Zwangsanleihen, das sei ausgemacht. Aber dann? Wie solle es Ueberschüsse in seinem Budget erzielen, wenn die Sprünge des Markkurses jeden Augenblick die Steuerveranschlagung und alle Kostenvoranschläge über den Haufen werfen? Soll Deutschland neue Anleihen auslegen, die Mark noch weiter drücken? Wir können — sagt Blum — unsere Forderungen ruhig immer weiter herabsenken. Sie bleiben undurchführbar, denn das Sinken der Mark geht schneller vor sich als unsere Zugeständnisse und die Schlussfolgerung ist immer wieder dieselbe.

Der Luftkrieg der Zukunft.

London, 23. März. Der Luftfahrtminister Guesst brachte am Dienstag das Luftfahrtbudget ein und machte dabei u. a. einige Bemerkungen über die Rolle, die Flugzeuge in künftigen Kriegen spielen werden. Er sagte, eine einzige Fliegerbombe sei instand, das größte Schlachtschiff binnen wenigen Minuten zum Sinken zu bringen. Bei dem letzten Angriff auf London hätten die Deutschen 36 Flugzeuge verwendet. Damals waren 32 000 Mann für die Verteidigung der Hauptstadt nötig. In Zukunft würden bei einem solchen Angriff vielleicht von 300 Flugzeugen Bomben in einem zehnfach größeren Gewicht und mit wenigstens fünfmal größerer Sprengkraft abgeworfen. London und England müßten darauf vorbereitet sein, einer solchen Gefahr die Stirn zu bieten. Der Minister wies schließlich darauf hin, daß die Franzosen weit stärkere Luftstreitkräfte als England besäßen.

Württemberg.

Stuttgart, 23. März. (Märzenschnee) Man ist es gewöhnt, daß der Winter im März und April seine Lappen auslegt. Neuer macht er es fast zu stark. Schon am Mittwoch schneite es ununterbrochen und am Donnerstag früh lag selbst das Neckartal in tiefem Schnee. In Stuttgart betrug die Schneedecke durchschnittlich 10 bis 15 Zentimeter. In der Königsstraße wurden frühmorgens kleine Bahnschleitten gezogen, um die Gehwege zu reinigen, und all das nach dem Frühlingsanfang. Die Lappen der Jahreszeit sind fast noch größer als die der Mensch, die uns die Freude am Dasein nehmen.

Stuttgart, 23. März. (Schutzgebiete heimischer Natur.) Im Bund für Vogelschutz sprach nach Begrüßungsworten von Frau Kommerzienrat Häftele Forstmeister Dr. Feucht-Treinach über die Schutzgebiete heimischer Natur. Er führte in Worten und Bild in das Banngebiet des Wildjades am Ruhestein, das seit 1911 mit seinen 73 Hektar in aller Urwüchsigkeit erhalten wird, in das Wildjademooß bei Wildbad, das kürzlich knapp vor der Ausbeutung grettet wurde, an den Federsee, wo der Bund für Vogelschutz einen Naturpark besitzt, an die Donau zwischen Tübingen und Beuron, wo gleichfalls ein Naturpark errichtet ist, auf die Vogelinseln bei Lauffen a. N. und in die Reichkolonie bei Morfheim an der Jagst. Angeregt wurde die Errichtung eines Banngebietes am Hohentwiel, am Felsbrünnen der Altsberge und oberhalb des Sees. Der Vortrag fand starken Beifall.

Stuttgart, 23. März. (Kleinhandelspreise für Lebensmittel.) Nach der Statistik sind die Kleinhandelspreise für Lebensmittel in Stuttgart seit 1914 wie folgt gestiegen: Brot auf das Doppelte, Zucker auf das 37-, Mehl auf das 33-, Getreid auf das 36-, Fleisch auf das 40-, Schmalz auf das 50-, Butter auf das 45-, Eier auf das 47-, Kartoffel auf das 23-, Sauerkraut auf das 44fache usw.

Badung, 23. März. (Sängertag) Der Schillerklub des Schwäb. Sängerbundes veranstaltet am Sonn-

tag, den 16. Juli, auf der Waldhöhe bei Auen Gausänger-tag, wobei gemeinsame und Einzelschöre der Gauvereine zum Vortrag gelangen.

Göppingen, 23. März. (Kunstausstellung) Die wandernde Ausstellung volksümliche schwäbische Graphik des Vereins zur Förderung der Volksbildung wird am nächsten Sonntag hier eröffnet.

Heidenheim, 23. März. (Amtsversammlung) Die Amtsversammlung unter dem Vorsitz von Oberamtmann Pfeiderer beschloß die Errichtung eines Jugendamts. Als Geschäftsführer und Berufsvoormund des Jugendamts wurde Oberamtssekretär Gommel hier gewählt. Das Amt ist b. d. Amtsblatts „Grenzboten“ wurde von 3600 auf 7200 Mk. erhöht. Die Errichtung einer Tuberkulosefürsorgestelle für den Oberamtsbezirk als Eigenbetrieb der Amtskörperschaft in Verbindung mit dem Bezirkskrankenhaus wurde beschlossen.

Mergentheim, 23. März. (Gefaschter Betrüger.) Vor einiger Zeit hat ein gewisser Jener aus Bregenz einer hiesigen Händlerin je einen Wagon Kartoffeln und Obst zu auffallend billigen Preisen angeboten. Jedoch verlangte er Anzahlung des hälftigen Betrags mit über 90 000 Mk. und zwar wünschte er, daß ihm das Geld nicht durch Postanweisung, sondern in einem Paket ausgehändigt werde. Nachdem verschiedene Briefe nicht zogen, sprach er auch persönlich bei der Händlerin vor, die aber der Sache nicht traute und dem Landjägerstationskommando Mitteilung machte. Auf dessen Veranlassung wurde der Fremde, als er sich zum zweitenmal zu der Händlerin begeben wollte, verhaftet. Sein richtiger Name ist laut „Lautberzig“ Josef Fischer, Eisenbahnunterbeamter aus Unterlofen. Er gibt an, im Auftrag eines Unbekannten namens Jener aus Bregenz gehandelt zu haben, der die Waren wahrscheinlich aus Borsdorf beziehe. Ob das Obst und die Kartoffeln in Wirklichkeit vorhanden sind, wisse er nicht. Da er ganz im Auftrag des Unbekannten gehandelt haben will, habe er sich der Einfachheit halber auch dessen Namen beigelegt. Fischer befindet sich in Untersuchungshaft.

Rothenburg a. T., 23. März. (Großfeuer.) Im Affelhaus der Firma Heinrichsmann u. Wünsch war durch eine Gasexplosion Feuer ausgebrochen, das in dem anstoßenden Trockenraum reiche Nahrung fand. Die Feuerwehre konnte infolge des Wassermangels nur eine Ausdehnung des Brandes auf das Hauptgebäude verhindern. Der Schaden ist bedeutend.

Frendenstadt, 23. März. (Städt. Haushalt.) Der Gemeinderat beriet über den Voranschlag 1921/22, der mit 5,2 Millionen Mk. Einnahmen und 6,2 Mill. Mk. Ausgaben abschließt. Der Abmangel soll durch eine Umlage von 15 Prozent gedeckt werden. Der günstige Abschluß ist vor allem dem Walderat zu verdanken, der bei einer Einnahme von 4,3 Mill. Mk. und einer Ausgabe von 1,6 Mill. Mk. mit einem Ueberschuß von 2,7 Mill. Mk. zu Gunsten der Stadtkasse abschließt.

Falklingen, 23. März. (Todesfall.) Aus einem arbeitsreichen Leben wurde, 74 Jahre alt, Fabrikant Jaf. Conzelmann, Begründer und Inhaber der Firma J. Conzelmann-Keller, durch den Tod abberufen. Aus ganz kleinen Anfängen heraus hat der Verstorbene sein Geschäft zu recht ansehnlicher Größe emporgebracht. Er gehörte zu den Pionieren der Trikot-Industrie am Orte.

Alberweiler, Ob. Biberach, 23. März. (Töblicher Ausgang.) Die 45 Jahre alte Frau Agatha Müller, die kürzlich an der Kreisjagd eine schwere Kopfverletzung erlitt, ist an deren Folgen gestorben.

Burzach, 23. März. (Lohnbewegung.) Die Teuerungswelle machte auch für das Gebiet der Textilindustrie eine Lohnregulierung notwendig. Neben entsprechenden Verbesserungen des Monatslohns wurde der Stundenlohn rückwirkend ab 1. März auf 10 Mk. in der Spitzenklasse festgelegt. Die Lohnsätze für Arbeiter unter 20 Jahren, sowie für Arbeiterinnen werden auf der Grundlage des Spitzenlohns unter Berücksichtigung der seitlichen Staffelung geregelt.

Havensburg, 23. März. (Die Postkarte als Verräterin.) Der Mörder der 12jährigen Maria

Ein Maianekel.

Originalroman von E. Wildenburg.

25. (Nachdruck verboten.)

Am Abend sah Wilma dann meist mit ihrer Wirtin auf der Bank vor dem Hause und half ihr die Plätze zur Mahlszeit säubern und vorzubereiten, nicht ahnend, daß sie dabei oft aus der Ferne interessiert beobachtet wurde.

Es war der unverheiratete Geistliche des Ortes, den sie bei ihrem hausfranzösischen Tun entzückte. Wilma hatte bis jetzt nur wenige Worte mit ihm gewechselt und sie ahnte natürlich nicht, welchen tiefen Eindruck sie auf ihn gemacht hatte. Der zarte Keiz rührender Weiblichkeit, der über ihr ausgebreitet lag, hatte sein ganzes Herz gewonnen. Er wagte aber darum doch nicht, häufiger bei Luise vorzukommen, pflegte er doch seine Pfarrkinder, wenn nicht Krankheit oder sonst ein besonderer Grund vorlag, nur einmal im Monat zu besuchen. Aber er traf Wilma häufig am Abend auf dem idyllischen Platz unter der Linde am Dorbrunnen, der nicht weit von Luises Haus lag.

Wilma pflegte öfters vor der Gartentür zu promenieren, sich am Sonnenuntergang zu erfreuen, und dann auf der feineren Bank unter der Linde ein wenig anzufröhen. Es machte sich dann immer von ungefahr, daß auch der Herr Pfarrer in der Gegend der Linde zu tun hatte, und wie zufällig aus einer Handtäre trat, wenn das junge Mädchen auf der Bank unter dem alten Baum Platz genommen hatte.

Er lästete dann höflich den breitrandigen schwarzen Hut und fragte gütig: „Sie gestatten, Fräulein von Leßdorf?“

Wenn nun Wilma auch nicht das geringste tiefere Interesse an dem Pfarrer nahm, so bot ihr doch die Unterhaltung mit ihm eine ganz angenehme Abwechslung. Er lehrte sie die Werke, die für sie geeignet waren, mit Verständnis lesen und schickte ihr manch gediegenes Buch

aus seiner reichen Bibliothek herüber. Sie hatte ja nie die Zeit gehabt, sich eingehender mit Literatur und Kunstgeschichte zu beschäftigen. Er aber sprach nun immer das Gelesene mit ihr durch und erklärte freundlich, was sie etwa nicht verstanden hatte.

Und eine neue Welt ging ihr auf, eine Welt, die auch eigene Gedanken erzogte.

Diese Gedanken gaben ihr manch herrliche Anregung für ihren späteren Beruf, und so kam's, daß doch ein Dankbarkeitsgefühl gegen den gütigen Herrn in ihrem Herzen aufquoll.

Luise beobachtete mit heimlicher Wonne diese abendlichen Zusammenkünfte. „Herr, Du mein Gott, wenn das wahr werden würde!“ — Täglich flehte sie zum Himmel, daß er die frommen Absichten des Herrn Pfarrers segnen und Wilma ihre kleine liebe Pfarrfrau werden lassen möchte. Etwas Schöneres hätte es für Luise nicht geben können.

Bei Wilmas Verkehr mit dem Pfarrer wagte sie nicht mehr auf den Scherz mit dem Prinzen anzupspielen, denn sie fürchtete, das zarte Geheimnis zu zerören. Wilma war ein Pflänzchen „rühr mich nicht an.“ Sie war zart wie eine Mimose und schloß bei dem geringsten Lufthauch sofort ihre Blätter. So etwas mußte sich ganz in der Stille entwickeln. Luise fiel dabei ein, daß sie mit ihrem seligen Bräutigam, der nachher eine andere genommen hatte, wohl auch weiter gekommen wäre, wenn ihre verstorbene Tante sich nicht immer im unredlichen Moment sich eingemischt hätte.

So spielte die gute Luise auf ihre Art den Liebesgott und machte die unglaublichen Verusche, Wilma am Abend hinaus auf die Bank zu treiben wenn sie nicht von selber ging. Bald sollte sie dann einem kranken Dorfarmen etwas bringen, bald einen Brief in den Kasten bringen und dergleichen mehr.

Neulich, als sich durchaus nichts finden lassen wollten, behauptete Luise sogar, daß das Einatmen des frischen starken Lindenblätters besonders gut für an-

gegriffene Nerven sei. Wilma schüttelte zwar erlaunt den Kopf ob dieser seltsamen Rede, als aber Luise beständig hinzusetzte: „Sie können sich schon darauf verlassen, Fräulein Wilma“, der Herr Doktor hat es mir selbst gesagt,“ da glaubte sie, den Rat doch befolgen zu müssen. Freilich hatte die Gute es nicht verhindern können, daß ihre Wangen sich bei dieser Notlage ein wenig dunkler bräunten.

So ging also Wilma jeden Abend Lindenblüten einatmen. Eines Tages sah sie auch wieder dort, als der Herr Pfarrer zu ihr trat und sie um die Erlaubnis bat, sich zu ihr setzen zu dürfen.

Wilma hatte ihm erst kürzlich ihr Herz bezüglich ihrer Zukunftspläne ausgeschüttet.

„Nun, wie ist also ihre Meinung darüber, Herr Pfarrer,“ begann sie nach einem Weichen, als der Geistliche immer noch nachdenklich in die Schwärze verharzte. „Sie verdammen mich also?“ setzte sie dann noch hinzu.

„Am Gegenteil! Ich habe große Hochachtung vor Ihnen Fräulein von Leßdorf. Aber das Pfaster der Großstadt ist gefährlich für so junge al'einstehende Frau wie Sie. Sie können fräuchen und ohne eigene Schuld zu Fall kommen.“ Er betonte das „ohne“ stark.

„Sie wurde mir bis jetzt nicht gefährlich, Herr Pfarrer, diese Klippen im tosenden Meer des Großstadtlebens.“

„Sie wußten sich davor zu schützen?“ Sein Interesse, für das tapfere junge Mädchen wuchs.

„Ja, ich bemerkte sie rechtzeitig und umging sie,“ antwortete Wilma einfach.

Der Pfarrer schwieg einen Moment und starrte in tiefen Gedanken zu Boden. Seine Hand spielte nervös mit der Krücke des Stodes, der seltsame Nuten in den Kies zeichnete. Wilma beobachtete sein sonderbares Seelen und eine Ahnung stieg in ihr auf, als sie sah, wie das Gesicht des Mannes jetzt zuckte.

(Fortsetzung folgt.)



Stengel in Winterbach, der Reisende Gotthilf Neusch von Oberallingen, hat sich durch eine Postkarte mit seiner Adresse, die er bei seinem Diebstahl und Raub verloren hat, verraten. Das Kind sah vor dem Elternhaus und machte seine Schuldig. Neusch ließ sich die Zimmer des Hauses zeigen, erbrach die Kisten und entwendete 1500 Mk. Um von dem Mädchen nicht verraten zu werden, band er eine schwarze Schürze um den Kopf des Kindes, zog eine Schürze um den Hals und erdrosselte es. Als er glaubte, daß das Kind tot war, verließ er das Haus.

Friedrichshafen, 23. März. (Stadt Haushalt.) Der Vorschlag der Stadtverwaltung für 1921 schließt mit einem Abmangel von 2766 000 Mk. Er soll durch eine Umlage von 38 oder 40 Prozent gedeckt werden, über deren Höhe sich der Gemeinderat noch nicht einigen konnte.

Kurze Chronik.

Der Knecht eines Gutspächters im Oberamt Biberach verlor unterwegs einen Sack Meesamen im Werte von circa 1000 Mk. sowie einige Pferdebedecken. Der Finder hat sich noch nicht gemeldet. — Die staatlichen Postautofahrten auf der Strecke Wurzach — Essendorf werden ab 1. Mai eingestellt, sofern nicht die Amtsbeyerstraße Waldsee und die Stadtgemeinde Wurzach für das auf etwa 130 000 Mk. veranschlagte Defizit aufkommen. — Beim Graben eines Kellers in Reichenhofen löste sich ein Brocken los und schlug dem Bauern Kaiser den Fuß über dem Knöchel ab und zerhackte auch das Bein. — Zwei aus Böhren gebürtige in Amerika wohnhafte Witwen überlieferten der Gemeinde einen größeren Geldbetrag für die Konfirmanten. 33 Kindern konnten je 50 Mk. ausgeschüttet werden. — Der Ingenieur Brauer in Feuerbach erlitt auf dem Wege zu seiner Arbeitsstätte einen Herzschlag, der alsbald seinen Tod herbeiführte. — In Untertürkheim wurden in einem nach Köln bestimmten Eisenbahnwagen mit Pferden 93 Atogramm Poststeintafel beschlagnahmt.

Baden.

Karlsruhe, 23. März. Eine Firma aus Halle a. S. ließ in einem st. f. Magazin über 40 000 kg. Nubenschmelz lagern. Da zu vermuten war, daß die Nubenschmelz zu Brennpfeden Verwendung finden sollen, wurden sie vorläufig beschlagnahmt.

Mannheim, 23. März. Ein Ueberschuß von nahezu 5 Millionen Mark hat die Stadtgemeinde im Verwaltungsjahr 1919 erzielt, der zum Teil auf Konto der Mehrerträge beim städt. Gas- und Elektrizitätswerk, zum Teil auf Konto der Lustbarkeitssteuer zu setzen ist. Der Betrag soll u. a. zur teilweisen Deckung einer Schuld von 200 000 Schweizer Franken, die für die Lebensmittelpreise entstanden ist, zur Vollendung des Kriegsfriedhofes und Errichtung eines Denkmals auf demselben, zur Verstärkung des Fonds für Schulhausneubauten, Elternheim, Säuglingspflege, zur Instandhaltung städt. Gebäude und zur Errichtung eines Kinderheims in Mannheim-Nördlich verwendet werden.

Baden-Baden, 23. März. Der Landesverband der badischen Hotelindustrie und verwandter Betriebe hielt vorgestern hier seine von ungefähr 50 Mitgliedern besuchte ordentliche Hauptversammlung ab. Nach Begrüßungsvorträgen erstattete der Vorsitzende Karl Bieringer den Tätigkeitsbericht über das abgelaufene Jahr, wonach der Verband 240 Mitglieder umfaßt. Der Bericht wurde ohne Aussprache genehmigt. Auch der Kassenbericht wurde verabschiedet und die Erhöhung des Jahresbeitrags genehmigt. In den zur Schlichtung von Mißbehörden und Standesfragen neu errichteten Ehrengerichtshof wurden die Mitglieder Böllinger-Baden-Baden, Sommer-Badenweiler und Kraft-Heidelberg und als Stellvertreter die Mitglieder Pittard-Baden-Baden und Württh-Mannheim gewählt. Die Amtsbauer des Vorstandes wurde auf 3 Jahre (bisher 2) festgelegt. Es folgten dann noch Berichte über moderne Wirtschaftsfragen, über Reisegepäckversicherung, über Tariffragen, über die Vertretung des Hotelgewerbes in den gegläubten Wirtschaftskörpern und über gemeinsame Klammern.

Freiburg, 23. März. Prof. Dr. Kupferle an der hiesigen medizinischen Universitätsklinik, dessen Arbeiten über die Könige-Diagnose der Tuberkulose in weiten Kreisen mit Aufmerksamkeit verfolgt werden, hat von dem Niederländischen Zentralverein zur Bekämpfung der Tuberkulose die ehrenvolle Aufforderung erhalten, in Amsterdam über seine neuen Forschungsergebnisse Vorträge zu halten.

Donaueschingen, 23. März. Im Alter von 73 Jahren ist der langjährige frühere Kommerzienrat der hiesigen Verwaltung, August Dänzer, gestorben. Er war zuerst im badischen Staatsdienst tätig und trat dann in die Domänenverwaltung in Donaueschingen ein; bis zu seinem im Jahre 1910 erfolgten Eintritt in den Ruhestand blieb er im hiesigen Dienst. Von 1898 ab hatte er die Verwaltung der städt. Vermögensverwaltung.

Reichenhofen (bei Emmendingen), 23. März. Ein schweres Fuhrwerkunglück hat sich hier ereignet. Die beiden Pferde eines Fuhrwerks von Ihingen waren schon geworden und rasen durch das Dorf. Von den auf dem Wagen sitzenden fünf Personen wurde, als das Fuhrwerk gegen ein Haus geschleudert wurde, der Fuhrmann derart an eine Hauswand geschleudert, daß er bewußtlos liegen blieb. Eine Frau, ein Mann und ein Mädchen erlitten schwere Verletzungen.

Neustadt i. Schw., 23. März. Die Stadt, die früher niemals eine Garnison besaß, ist Sitz eines französischen Armeekorps seit 1918 mit einer verhältnismäßig starken Einquartierung. Für diese franz. Soldaten müssen jetzt Kasernen gebaut werden.

Wetter.

Die Reihe von Stürmen, die von Westen nach Osten ziehen, scheint noch nicht abgeschlossen. Am Samstag und Sonntag ist weiterhin nagelhartes Wetter zu erwarten.

Bermischtes.

Wunderkrone in alter Zeit. Eine päpstliche Bulle vom Jahr 1246 sichert dem Kloster Gotteszell bei Gmünd außer anderen Privilegien auch das freie Begräbnisrecht zu. Es durfte eben, der es legitim war, zum Begräbnis annehmen, ausgenommen die Exkommunizierten und die öffentlichen Wucherer. — Sollte man heutzutage, bemerkt dazu die „Nemstg.“, den Wucherern besondere Begräbnisplätze anweisen, so müßte fast jede Gemeinde einen zweiten Friedhof anlegen.

Unsere ersten Steuern. Angesichts der Kiesensteuern, die in dieser schweren Nachkriegszeit auf dem deutschen Volke lasten, mag einmal daran erinnert sein, wie in der Mark Brandenburg die ersten Abgaben dieser Art beschaffen wurden. Vor mehr als 600 Jahren trat damals in Berlin zum erstenmal ein Landtag zusammen, dessen Einberufung keinem geringeren Zweck galt, als eine Finanzreform des Landes zu beraten und zu beschließen. Es war ein gewaltiges Ereignis, als drei Markgrafen, der Bischof von Brandenburg, eine große Zahl von Ritters mit ihren Mannen und andere Deputierte in dem damals — es war 1280 — kaum einige tausend Einwohner zählenden Landstädtchen Berlin einjogen, um die Finanzangelegenheiten des Landes zu ordnen. Da damals Berlin nicht mit so vielen Hotels gesegnet war, so hatten die Landtagsmitglieder mit ihrem Gefolge in Zeiten auf den um die Marienkirche sich ausbreitenden Wiesen eine Unterkunft gefunden, während für ihre Verpflegung die Stadt Sorge zu tragen hatte. Es sollte über einbrennend gewordene Frage, nämlich die Umwandlung des bisherigen Steuerwesens, verhandelt werden. Bis dahin wurden die Geldmittel für die Landesfürsten durch die Bede (Bette) aufgebracht, eine Einrichtung, die heute noch in dem sog. Peterspfennig fortlebt, durch den die Hofhaltung des päpstlichen Stuhles bestritten wird. Solange es sich um Bedürfnisse des Landesfürsten selbst handelte, waren die Kosten durch die ursprünglich freiwilligen Gaben un schwer gedeckt; aber der markgräfliche Stamm der Askanier hatte gegen Ende des 13. Jahrhunderts so zahlreiche Sprossen, daß die Steuerlast des Landes außerordentlich zu steigen begann. Die Markgrafen Johann I. und Otto III. hatten lange Zeit die Regierung gemeinsam geführt, waren aber, eben um ihre zahlreichen Nachkommenschaft versorgt zu wissen, im Jahre 1288 zu einer Landesteilung geschritten, wobei Berlin und Umgebung, Barnim und Teilow der Ottoschen Linie zugefallen waren. Das ganze Geschlecht zählte 1280 bereits 17 Sprossen. Die Verdrängung des Aufstehens dieser Fürstlichkeiten veranlaßte nun jene Steuerreform, derenwegen der erste Landtag in Berlin einberufen wurde. Es wurde vereinbart, daß die Städte durch eine einmalige bare Zahlung die alte Bede ablauten und dann je nach ihrer Kraft die Verpflichtung zu einer jährlichen ordentlichen Steuer auf sich nehmen und in zwei Terminen, zu Walburgis und Martini, zu zahlen hätten. Hinsichtlich der ländlichen Umgebung setzte man fest, daß in jeder Landschaft sechs dazu vereidigte Eingeseffene, und zwar vier Mannen und zwei Bürger, als Schiedsrichter im Steuerwesen zusammenzutreten und beurteilen sollten, wieviel nach Billigkeit zu geben wäre. Das war im wesentlichen das Ergebnis der ersten Finanzreform in der Mark Brandenburg, von der der Weg zu den heutigen Steuerproblemen ein ebenso langer, wie schwieriger geworden ist.

1000 Mk. Steuer für Lugschunde. Der Steuerzuschuß der Berliner Stadtverordnetenversammlung erledigte die neue Hundesteuerverordnung. Alle Anträge auf Freistellung der Wachhunde wurden abgelehnt. Steuerfrei bleiben nur die Kettenhunde auf einzelliegenden Gehöften und die Wachhunde in Laubengärten. Dagegen war der Ausschuß einstimmig der Ansicht, daß ausgesprochene Lugschunde höher besteuert werden müßten, als nach der Vorlage, die 300 Mk. für den ersten, 450 Mk. für den zweiten und 600 Mk. für den dritten Hund vorsieht. Es wurde beschlossen, in Ansehung an die Wiener Hundesteuerordnung, bestimmte Gruppen von Rassenhunden, die ausschließlich dem Jure oder der Liebhaberei dienen und für die auch heute schon reine Lugschunde von 10 000 Mk. und mehr gezahlt werden, in der Steuerordnung besonders zu benennen und die Steuer für diese Lugschunden auf 1000 Mk. im Jahre festzusetzen.

Großer Kostümdiebstahl im Gärtnerplatztheater in München. Vor einigen Tagen entdeckte man im Theater am Gärtnerplatz im Aufbewahrungsraum für zurückgelegte Kostüme einen umfangreichen Diebstahl, der in der Zeit vom August v. J. bis 16. März d. J. ausgeführt worden ist. Gestohlen wurden 10 weiße Wollstoffkleider, 18 graue Tuchkleider, 15 weiße Klosterfrauensträcker, 6 braune Kleider, 12 weiße Röcke, etwa 20 verschiedenfarbige Röcke, 6 verschiedenfarbige Badeanzüge und 6 blaue Tuchhosen. Der Wert der entwendeten Kostüme beträgt schätzungsweise 100 000 Mk. Von dem Täter fehlt jede Spur. Der Aufbewahrungsraum befindet sich in den unteren Räumen und war stets verperrt, der Schlüssel war beim Torwart verwahrt. Man vermutet, daß die Kleider, vor allem die weißen, inzwischen gefärbt worden sind.

195 Millionen Defizit der Stadt Köln. Der Haushaltsplan der Stadt Köln schließt an Einnahmen und Ausgaben mit 3 372 338 600 Mk. Der Fehlbetrag beläuft sich auf 1 952 134 000 Mk.; er soll durch Erhöhung aller Gebühren, sowie der Realsteuern gedeckt werden.

Reisen nach dem Saargebiet. Zur Behebung von Zweifeln, in welcher Weise man bei Reisen nach dem Saargebiet angesichts der Währungsunterschiede die billigsten Fahrpreise erreichen kann, mögen nachstehende Ausführungen dienen: Den Reisenden nach dem Saargebiet ist zu empfehlen, stets eine direkte Fahrkarte nach ihrer Zielstation im Saargebiet zu lösen, da der von den Fahrkartenausgabestellen zur Anwendung kommende Umrechnungskurs für den in Frankfurt zu erhebende Beförderungspreis für die Saarbahntrecken den Tageskurs der Banken nicht erheblich überschreitet. In den meisten Fällen, insbesondere bei Benutzung von Schnellzügen werden die Reisenden die Erfahrung machen, daß sie bei Lösung einer Fahrkarte nach einer Grenz- oder anderen Unterwegstation einen höheren Fahrpreis zahlen, als bei der Lösung einer direkten Fahrkarte nach der Zielstation im Saargebiet. Bei Lösung einer Fahrkarte nach einer Grenz- oder anderen Unterwegstation und Benutzung eines Schnellzugs muß der Reisende ge-

wärtig sein, daß er den Schnellzugzuschlag für die Strecken der deutschen Reichsbahn oder die Strecken der Eisenbahnen des Saargebietes doppelt bezahlen muß. Bei Reisen aus dem Saargebiet empfiehlt es sich unter allen Umständen, eine direkte Fahrkarte bis zur Zielstation der deutschen Reichsbahn zu lösen, weil von allen Fahrkartenausgabestellen des Saargebietes die Fahrpreise für die Saarbahntrecken in Frankfurt und für die Strecke der deutschen Reichsbahn in Markt erhoben werden.

Der Rudud. Der Rudud läßt schon seit geraumer Zeit da und dort seinen neckischen Ruf ertönen. Schon seit den ältesten Zeiten gehört er zu den Verkündern des Frühlings. Als Wittervogel des deutschen Heidentums galt es als Weissagend und prophetisch: „Das weiß der Rudud!“ Noch heute kommt ihm diese Bedeutung zu. Wird er beim ersten Auf, den man zu hören bekommt, gefragt, wie lange man noch zu leben habe, so gibt er durch die Zahl seiner Töne die Jahre des Lebens an. Sein erster Ruf ist Zauberwort. Wer den Geldbeutel schüttelt, hat das ganze Jahr Geld! Wer aber dabei kein Geld in der Tasche hat, dem fehlt es das ganze Jahr hindurch; und wer Hunger hat, der hat ihn auch über das ganze Jahr! In der Regel läßt sich der Rudud bis Mitte Juni hören. Soll er noch nach Johanni rufen, so soll ein unruhigbares Jahr folgen. Der Frühlingvogel, so sehr er in deutschen Ländern begrüßt wird, steht nach dem Volksglauben mit dem Teufel in Beziehung, und daraus erklären sich auch die verschiedenen Redensarten: „Seh zum Rudud!“ — „Dol dich der Rudud!“

Getreideumlage und Kartoffelbewirtschaftung. Auf der am Dienstag in Berlin gehaltenen Konferenz der Ernährungsminister sprachen sich sämtliche Länder, mit Ausnahme Bayerns, dessen Vertreter sich eine endgültige Stellungnahme vorbehält, für die Beibehaltung der Getreideumlage aus. Ueber die Höhe der Umlage gingen die Meinungen allerdings weit auseinander. Festgestellt wurde auch, daß schon die Erhebung der bisherigen Umlage von 2½ Millionen Tonnen große Schwierigkeiten ergeben habe. In der Frage der Kartoffelverjorgung herrscht Einigkeit darüber, daß die freie Wirtschaft zu den größten Schwierigkeiten der Ernährung geführt hat. Die Auffassung der Konferenz wurde in einer einstimmig angenommenen Entschließung, die vom Reichsernährungsministerium bestimmte Vorschläge für die Erjahrung der Kartoffeln verlangt, zum Ausdruck gebracht. — Als Kandidaten für das Reichsernährungsministerium werden neuerdings auch die früheren Direktoren der Landw. Hochschule Hohenheim, Warmbold und Aereboe, genannt.

Laufende Teuerungszuschüsse für Militärentenempänger. Nach einem Erlass des Reichsarbeitsministeriums vom 1. Dezember 1921 hat die Reichsregierung aus Anlaß der fortschreitenden Teuerung für die Zeit vom 1. Oktober 1921 bis 31. März 1922 1 Milliarde Mark zu Hilfsmaßnahmen für Kriegsschädigte, Kriegshinterbliebene und Altrentner zur Verfügung gestellt. Von diesen Mitteln werden 800 Millionen Mark an gleichbleibenden Monatsbeträgen als Teuerungszuschüsse an Kriegsschädigte und Hinterbliebene verteilt, die kein oder nur geringes Einkommen neben der Rente haben, das die jeweiligen Höchstmätze der Erwerbslosenunterstützung höchstens um ein Drittel übersteigt. 200 Millionen Mark sind für Maßnahmen der sozialen Fürsorge vorgesehen und kommen, namentlich anlässlich der Winterverjorgung, unter Berücksichtigung des Bedarfs im Einzel Falle allen Kriegsschädigten, Kriegshinterbliebenen und Altrentnern, also auch denen zugute, die keine Teuerungszuschüsse erhalten. Mit der Durchführung des Erlasses sind die Fürsorgestellen betraut. Die Teuerungszuschüsse, die für die rückliegende Zeit seit 1. Oktober 1921 in einer Summe, in Zukunft laufend monatlich im voraus gezahlt werden, betragen für jeden Kriegsschädigten bei einer Minderung der Erwerbsfähigkeit bis einschließlich 80 v. H. 90 Mk., bei höherer Erwerbsminderung 130 Mk. monatlich; außerdem wird für jedes Kind ein weiterer Zuschuß von 30 Mk. monatlich gewährt. Jede erwerbsunfähige Witwe und jede Witwe, die wegen der Pflege und Erziehung von Kindern oder infolge Vollendung des 50. Lebensjahres einer unverdienbaren Witwe gleichgestellt ist, erhält 80 Mk., jede waisenlose Witwe 40 Mk., jede elternlose Witwe und jeder Elternteil 50 Mk. monatlich. Nicht berücksichtigt werden Empfänger reiner Dienstzeitbezüge (Kapitulanten); ebenfalls nicht Offiziere, Beamte und deren Hinterbliebene, die bereits auf Grund des Pensions-Ergänzungs-Gesetzes erhöhte Teuerungszuschüsse zu beziehen haben. Dagegen sind Teuerungszuschüsse für Empfänger eines Uebergangsgeldes und einer Witwenbeihilfe sowie zu den Gnadengebühren und den Gebührensätzen für das Sterbevierteljahr vorgesehen. Auch zu den widerrücklichen Zuwendungen werden unter bestimmten Voraussetzungen Teuerungszuschüsse gezahlt. Personen, die bei Bekanntgabe des Erlasses vom 1. Dez. 1921 Teuerungszuschüsse bereits bezogen haben, bedürfen die Voraussetzungen für deren Gewährung aber jetzt nicht mehr gegeben sind, verlieren diese Bezüge erst mit Ablauf des Monats Dezember 1921.

Erhöhung der Gebühren für Palette, Telegramme und Ferngespräche im Auslandsverkehr. Die weitere Verschlechterung des deutschen Markkurses zwingt die Postverwaltung, bei der Gebührenerhebung im Auslands-Paket- und Telegrammverkehr das seit dem 10. März auf 50 Mk. für den Goldkurs festgesetzte Umrechnungsverhältnis abermals und jetzt mit Wirkung vom 24. März an auf 56 Mk. zu erhöhen. Dieses Umrechnungsverhältnis ist auch für die Wertangabe auf Briefen und Paletten nach dem Ausland maßgebend. Ueber die Einzelheiten geben die Postanstalten Auskunft.

Die Erhöhung der Gütertarife. Wie die Eisenbahnverwaltung nunmehr bekannt gibt, werden mit Wirkung vom 1. April ab auch in Württemberg sämtliche Frachten im Güter- und Tierverkehr, einsehr, der Ausnahmestellen und des Erzeugnisses in den Binnen- und Wechsellastern, um rund 40 Prozent erhöht. Die Mindestfrachten und Nebengebühren werden fast durchweg gleichfalls um 40 Prozent erhöht. Anlässlich der Tarifserhöhung gibt das Tarifbüro der Eisenbahngeneraldirektion Stuttgart eine neue Umrechnungsstafel aus, die durch Vermittlung der Güterstellen erhältlich ist.

Unfallversicherung der freiwill. Feuerweh... Der Abschluss einer Kollektivunfallversicherung für die 300 Mitglieder der freiwilligen Feuerwehr bei der Schweizer Unfall-Vers.-Aktiengesellschaft Winterthur in Höhe von 20000 Mk. für Tod, 40000 Mk. für Invalidität und 20 Mk. Taggeld mit einem Prämienaufwand von ca. 6600 Mk. wird genehmigt unter Zustimmung eines entsprechenden Beitrages zur Prämienzahlung aus der Stadtkasse.

Beitrag an die kath. Kirchengemeinde. Infolge eines Beschlusses des kath. Kirchenstiftungsrats wird der der hiesigen kath. Kirchengemeinde zur Bestreitung außerordentlicher Ausgaben bis auf Weiteres und in stets widerruflicher Weise bewilligte jährl. Beitrag mit Wirkung vom 1. April 1921 an von 100 Mk. auf 1000 Mk. erhöht.

Der Beitrag an die Kleinkinderschule in Sprollenhäus wird mit Wirkung vom 1. April 1921 von 500 Mk. auf 1000 Mk. erhöht.

Stadtwaldungen. Die Aufwandsentschädigung des städt. Forstmeisters wird nach dem Vorgange bei den staatl. Forstämtern auf jährl. 12000 Mk. festgesetzt. Die Einreichung des Forstmeisters erfolgt in Gruppe XI der Befoldungsfahrung, nach deren Durchlaufen er in Gruppe XIII vorrückt.

Feuerungszulagen. Die Stadtpflege wird angewiesen, die den städt. Beamten zufolge Erlasses des Ministeriums des Innern vom 3. März 1922 — Staatsanzeiger Nr. 54 — zukommenden Feuerungszuschläge zur Auszahlung zu bringen.

Wohnungsfürsorge. Auf Antrag der städt. Wohnungskommission wird beschlossen, die Kosten des Einbaus von Wohnungen in solchen Gebäuden auf die Stadtkasse zu übernehmen, in welchen der Einbau einer Wohnung von mindestens 2 Zimmern und Küche und die Unterbringung einer der wohnungsuchenden Familien möglich ist. Der Erlassanspruch an den Hauseigentümer auf Grund der bestehenden Vorschriften wird vorbehalten.

Es folgen noch Schätzungen und verschiedene kleinere Gegenstände.

Die Passions-Feier in der Stadtkirche. Eine sehr stimmungsvolle Feier bot der Ev. Volksbund am letzten Sonntag Abend mit der „Deutschen Passion“. Es war eine kleine, aber seinen Ausmaß des Besten aus der Leidensgeschichte des Herrn, die Herr Blumenthal in dankenswerter Bereitschaft vorführte. Keine „schönen“ Bilder im landläufigen Sinne des Wortes, aber edelste Bekenntnisse unserer besten alten Künstler von der Macht des Leidens Christi über die Gemüter. Auf's Beste unterstützt wurde der Eindruck der Geschehen durch die Gesangsbelegungen. Unsere bewährte Künstlerin, Frau Dr. Schwab, sang mit großer Innigkeit die zwei Bach'schen Passionsstücke „Komm, süßer Tod“, und „Es ist voll-“

bracht“. Der Kirchenchor, unter der Leitung von Herrn Musikdirektor Franz, hat sich in kurzer Zeit erfreulich entwickelt. Trotz der ihm erwachsenen Hindernisse löste er seine Aufgabe in anerkannter Weise. Orgelspiel des bewährten Organisten und Gemeindegesang vollendeten den tiefen Eindruck. Eine im besten Sinne des Wortes erbauliche Weisheit. Allen Mitwirkenden gebührt der herzlichste Dank.

Der Allgemeine Bildungs-Verein Wildbad veranstaltet im Lindsaal am nächsten Samstag einen weiteren Vortragsabend; wiederum mit Lichtbildern und diesmal auch unter Wiedergabe von Röntgenaufnahmen. Bei der ungeheuren Zunahme der verschiedenen Formen der Tuberkulose, unter denen die in der Bevölkerung bekannteste Erscheinung die Lungenschwindsucht ist, sollte kein Erwachsener oder Halbwüchsiger versäumen, einen Einblick in das Wesen der tödlichen Krankheit zu tun, wie er in gleicher Vollständigkeit nicht oft geboten wird. Dazu kommt, daß der Redner der bekannte Facharzt für Tuberkulose, Hr. Dr. med. Dorn von der Lungenheilstätte Charlottenhöhe bei Calmbach ist. Der Vortrag verdient allgemeines Interesse. Es sollte kein Erwachsener fehlen, kein Vater, keine Mutter; die Herren Lehrer nicht und auch nicht die jungen Leute, die über kurz oder lang eine Familie haben und unterrichtet sein müssen. Denn die Gefahren der Tuberkulose sind heute größer denn je. Als nächste Vorträge sind vom Allg. Bildungsverein geplant: zwei Experimentale Vorträge aus dem Gebiet der Physik: einer davon unter Darbietung von praktischen Versuchen mit verflüssigter Luft. Dann weiter ein Lichtbild über nützliche Bazillen (mit Lichtbildern) und endlich einer über Papierherstellung. Letzterer des gleichen als Lichtbildvortrag.

Linden-Lichtspiele. Heute Freitag abend 8 Uhr, Sonntag nachm. 4 Uhr und abends 8 Uhr, läuft der große italienische Sensations-Abenteuerer-Film „Maciste der Mann des Schreckens“. Ein Sensations-Film im wahren Sinne des Wortes, denn was da alles an waghalsigen und atemberaubenden Verfolgungen usw. gezeigt wird, übertrifft alles seither gezeigte. Wir lernen in dem Film eine neuen Hauptdarsteller kennen, den italienischen Sensationsdarsteller „Maciste“, ein Mann der über übernatürliche Kräfte verfügt. Der Film wurde vor einiger Zeit in Forzheim mit so riesigem Beifall aufgenommen, daß er verlängert werden mußte. Als Beiprogramm ein Die Toms Lustspiel in 2 Akten, betitelt „Ihr Milchbruder“, ein Lustspiel bei dem die Nachbarn nicht zur Ruhe kommen.

Die teuren Zeitungen. Es wird soviel über die „teuren Zeitungen“ geklagt, die doch im Vergleich zu den Preissteigerungen anderer Gegenstände, Gebrauchsartikel und vor allem Lebensmittel äußerst mäßig im Preise genannt werden müssen. Wenigstens bei uns. Ein Pfund Kartoffeln wurde vor dem Krieg mit 2 1/2 Pfg. bezahlt; heute kostet dasselbe Quantum 1.50—2 Mk. Und sehen wir uns Brot, Milch, Margarine, Fett, Fleisch, Kleider, Möbel und Schmuck hinsichtlich ihres Preises an-

an. Dagegen wird die Zeitung um nur das 10—15fache des Vorkriegspreises abgegeben. Damit sind kaum die Kosten des Papiers gedeckt. Deutschland hat gegenwärtig noch immer die billigsten Zeitungen. Anders, aber nicht besser sieht's in den Nachbarstaaten aus. Die deutschen Zeitungen der Schweiz müssen vom Bezahler schon mit wesentlich höheren Beträgen aufgewogen werden. So kommt der Baseler Anzeiger zurzeit auf 122 Mk. zu stehen, der Berner Bund auf 170 Mk. Billiger ist die Tschecho-Slowakei; denn das Prager Tageblatt kostet „nur“ 59 Mk. monatlich. In Deutschland bringt die so enorm entwertete Krone auch für die Zeitungen überraschend hohe Ziffern heraus. Kostet doch eine Nummer der größten Zeitungen Blau 40 Kr.; 1200 Kronen für die Zustellung ins Haus sei ein zweimal täglich erscheinendes Blatt ist an der schönen blauen Donau nicht zu viel; hört man aber dagegen, daß für eine ganzseitige Zeitungsanzeige bis zu einer halben Million Kronen verlangt und bezahlt werden, so will das doch etwas reichlich erscheinen. In Schweden werden ebenfalls „auslandige“ Zeitungspreise verlangt. So kostet das Aftonbladet in Stockholm 271 Mk. In Holland bekommt man das Amsterdamer Allgemeinen Handelsblad für 300 Mk. monatlich. Noch wesentlich teurer sind die englischen Blätter. Wer die Times lesen will, muß seinen Geldbeutel monatlich um etwa 500 Mk. erleichtern! In Amerika ist es natürlich nicht besser.

Handel und Verkehr.

Dollarkurs am 23. März 329,40 Mark.

Ulm, 23. März. Dem Schlachtviehmarkt waren zugeführt: 37 Stück Großvieh, 60 Kälber, 79 Schweine. Erlös aus je 100 Pfund Lebendgewicht: Linsen erste Qualität 1750—1900, Bullen erste 1500—1750, zweite 1280—1400, Jungrinder erste 1750—1850, zweite 1500—1650, Kühe erste 1150—1350, zweite 850—1100, dritte 550—700, Kälber erste 1900—2050, zweite 1780—1920, dritte 1600—1700, Schweine erste 2100—2250, zweite 1850—1950, dritte 1600—1700 Mk.

Elwangen, 23. März. Dem Frühjahrspferdemarkt waren über 200 Pferde zugeführt. Weitere Arbeitspferde kosteten 15—25 000 Mk., schwere Pferde bis zu 70 000 Mk., zweijährige Hohlen 20 000 Mk. und mehr. Der Handel war flau.

Das umfangreichste Werk der Welt. Eines der umfangreichsten Werke der Welt ist die offizielle „Geschichte des Sezessionskrieges“, die im Auftrag der Regierung der Vereinigten Staaten geschrieben worden ist. Sie hat 2 800 000 Dollar gekostet und umfaßt 110 Bände. Ihr Druck dauerte mehr als 10 Jahre. Im Verhältnis nach teurer ist die „Nachfolge Jesu Christi“, gedruckt 1855 in der Pariser Staatsdruckerei, die eine halbe Million Franken kostete, so daß ein jedes der 103 Exemplare 14 500 Franken ausmachte. Das umfangreichste Werk aber ist „Die chinesische Enzyklopädie“, von der es überhaupt nur zwei Exemplare gibt, von denen sich eines im britischen Museum befindet. Sie umfaßt 4020 Bände.

Fuhrunternehmer-Vereinigung des Bezirks Neuenbürg und Umgebung. Versammlung

am Sonntag, den 26. März 1922, nachm. 2 Uhr im Gasthaus zum „Waldhorn“ in Calmbach.

Tagesordnung:

- 1) Wahlen. 2) Entschliebung wegen Futtermittelbezug. Vollzähliges Erscheinen erforderlich.

Die Geschäftsleitung:

J. A. Wilhelm Hammer, Wildbad.

58

Fahrräder und Nähmaschinen sowie sämtl. Ersatzteile zum billigst. Tagespreis. Karl Tubach jr., Enztalstraße

Für die Mitglieder der Kapelle werden ab 1. Mai bis 30. September

möbl. Zimmer gesucht

darunter mehrere mit 2 Betten und Kochgelegenheit. Gefällige Offerten mit Preisangabe unter Nr. 47 an die Redaktion des Wildbader Tagblattes.

Bekanntmachung.

Zur Bekämpfung der Saatfrähen wird während des Schneefalls zwischen Calmbach und Wildbad und beim Windhof Gift (Phosphorsyrup) auslegt.

Auf die damit verbundene Gefahr für Mensch und Tier wird ausdrücklich hingewiesen.

J. A. der Stadtgemeinde:

Dr. Schindler, Stadtterarzt.

Freibank.

Von Samstag früh 8 Uhr ab ist gutes junges

Kuhfleisch

zu haben.

Württemberg. Zentrumspartei.

Ortsgruppe Wildbad.

Am Sonntag, den 26. März 1922, nachm. 4 Uhr findet in der Rennbachbrauerei hier eine

Versammlung

statt, wozu ein auswärtiger Redner gewonnen ist. Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder und Freunde der Sache erbitet

die Ortsgruppenleitung.

Forstamt Reiftern.

Reisig-Verkauf.

Am Montag, den 27. März, nachm. 3 Uhr werden im Kleinenhof aus Staatswald Reiftern Abt. 22. 24. 25. 26. 30. 12 Lose Reisig, geschätzt zu 650 Buch- und 2200 Nadelholzwellen verkauft.

Neu eingetroffen:

- Baumwollflanelle, weiß und farbig Bettzeuge Halbleinen, 160 cm breit gebl. Baumwolltuch, 160 cm breit Handtücher, abgepaßt Molton Biberbetttücher Schurzzeugle Kleiderzeugle Dirndlstoffe Zefire Kleiderstoffe Voile, in versch. Farben Frotte, weiß u. gestreift Jakettfutter in Seide u. Baumwolle Ein größerer Posten Kostümröcke in verschiedenen Preislagen. Phil. Bosch, Nachf., Wildbad.

Aufgeweckter, schulentlassener Junge (oder Mädchen)

für Ausgänge und leichtere Arbeiten

gegen gute Bezahlung (ev. mit Kost) per bald gesucht.

Buchdruckerei Wildbader Tagblatt.

Ein- oder Zweifamilienhaus

gut gebaut und in sommerlicher Lage mit Garten zu kaufen gesucht.

Eine 5 Zimmer-Wohnung müßte frei sein. Offerten mit Preisangaben und näherer Beschreibung unter D. M. 326 an Rudolf Mosse, Mannheim.

Gemüse-Nudeln Suppen-Nudeln Weißmehl Pfd. 8.40 Weizenbrotmehl Pfd. Mk. 6.50

Faas & Schmid Nudelfabrikation Villa Tannenburg. NB.: Abgabe an jedermann.

Achtung! Achtung! Hotel- u. Gasthofbesitzer!

Messerpug-Maschine, ohne Motor, mit Tisch, Schrank- u. Vorgelege, transportabel u. an jede Lichtleitung anzuschließen, neu, bestes Fabrikat hat dreiwert abzugeben

W. Neef, Stuttgart Hospitalstr. 11. Teleph. 11179.

Rost-Stifte - Kleesalz-Fleckwasser für Wäsche Gebr. Schmit Med.-Drogerie.

Gesucht zuverlässiger Mann für landwirtschaftliche Arbeiten. Zu erfragen in der Geschäftsstelle ds. Bl.

Sanger, Schnuller aus feinstem Transparenz Gummi Gebr. Schmit, Mediz.-Drogerie.

Alle ehem. Ref. 119er von hier und Umgebung treffen sich am Samstag, den 25. März 8 Uhr abends zu einer wichtigen Besprechung im Nebenzimmer des Ratskellers. Der Einberufer.

Suche ein 14—16 jähriges ehrliches

Mädchen

welches zu Hause schlafen kann zur Beihilfe im Haushalt u. Läden.

55 Frau E. Daur.

